

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 21.02.2013

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 21.02.2013
Beginn: 18:20 Uhr
Ende: 20:20 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Siegfried Müller

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Günther

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manuel Müller

Stadträtin Rosmarie Richter

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Astrid Glos

Stadtrat Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

Stadträtin Nicole Mahlmeister

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Friedrich Haag

Stadträtin Barbara Wachter

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

ödp-Stadtratsgruppe

Stadtrat Jens Pauluhn

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

fraktionslos

2. Bürgermeister Werner May

Schriftführer/in

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Stadtplaner Torsten Fischer

Oberrechtsrätin Susanne Schmöger

Stadtkämmerer Bernhard Weber

Frau Maja Schmidt, LAG Z.I.E.L. Ziffer 2

Herr Michael Demus Ziffer2

Herr Christoph Hagen Ziffer2

Herr Manfred Pfnausch Ziffer 3

Herr Rieke, Fa. Solarfuel Ziffer 3

Entschuldigt:

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

Stadtrat Manfred Marstaller

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Hugo Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadträtin Jutta Wallrapp

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Hans Schardt

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger

Ortssprecherin Anna Schlötter

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Stadtrat Rank stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt 5 „Bauleitplanverfahren zum ehem. Richthofen Circle“ abzusetzen, nachdem Bauamtsleiter Graumann nicht anwesend ist und er im Wesentlichen dazu Stellung nehmen könnte. Darüber hinaus erbittet er eine nochmalige nichtöffentliche Beratung.

beschlossen dafür 21 dagegen 3

Mit dem Antrag von Stadtrat Rank auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 5 besteht Einverständnis.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Stadtrates vom 13.12.12

beschlossen dafür 24 dagegen 0

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2012 gilt gemäß Art. 54 Abs. 2 als genehmigt.

2. **Vorstellung der Konversionsmanager Michael Demus (Energie und Klimaschutz) und Christoph Hagen (Flächenmanagement Kitzingen/Volkach)**

Oberbürgermeister Müller begrüßt die Herren Michael Demus und Christoph Hagen sowie Frau Maja Schmidt, LAG Z.I.E.L.

Frau Schmidt geht kurz auf die Antragsstellung beim Ministerium ein und erklärt, dass ein gemeinsamer Antrag der Stadt Volkach, des Landkreises Kitzingen sowie der Stadt Kitzingen eingereicht wurde. Nach der Bewilligung erfolgte die Ausschreibung und die Einstellung zum 01.01.2013.

Die Konversionsmanager werden insgesamt mit einer Summe von 460.000,00 € gefördert (Personalkosten, Reisekosten, Sachkosten) was einer Förderung von 90 % entspricht. Hinsichtlich der steuerlichen Problematik stellt sie dar, dass nochmals ein Gespräch mit dem Finanzamt notwendig sei, es jedoch zu 99 % bei der günstigeren Variante bleibe.

Als erstes stellt sich Herr Christoph Hagen dem Gremium vor, der in den letzten Jahren einen Konversionsprozess und die damit einhergehende Innenstadtentwicklung begleitet habe. Dabei war im Wesentlichen das Zusammenbringen von verschiedenen öffentlichen und privaten Akteuren sein Thema.

Seine Aufgabe sei nun das Flächenmanagement für die Innenstädte Kitzingen und Volkach. Derzeit sei er noch in der Orientierungsphase, führe verschiedene Gespräche um herzufinden, wo die verschiedenen Themenfelder liegen. Die Zusammenarbeit erfolge im Wesentlichen mit dem Bauamt, aber auch der Stadtmarketingverein sei ein wichtiger Partner. Er verstehe sich als Schnittstelle, damit die verschiedenen Akteure an einen Strang ziehen. Dabei sollte das Ziel sein, die Attraktivität der Innenstadt zu steigern. Ein Punkt stellt auch das Leerstandsmanagement dar und die Entwicklung eines Konzeptes, wie man Unternehmen ansiedeln könne, angegangen werden sollte. Dabei spricht er auch die Erstellung einer Datenbank an, damit man den einzelnen Dingen nachgehen kann.

Als nächstes stellt sich Herr Michael Demus vor und erklärt, in welchen Bereichen er bereits tätig war. Seine Aufgabe sind die Themen Energie und Klimaschutz im gesamten Landkreis (alle Kommunen) sowie bei den landkreiseigenen Liegenschaften.

Auch er habe sich zunächst die Lage angesehen und stellt fest, dass bereits 50 % der Stromversorgung aus erneuerbaren Energien kommt.

Er bezeichnet die Energiewende als Chance und stellt fest, dass viele Bürgerinnen und Bürger die verschiedenen Möglichkeiten nicht kennen.

Wichtig sei, den Energieverbrauch zu senken. Er habe verschiedene Kampagnen im Hinterkopf, die er angehen möchte.

Stadträtin Kahnt verweist auf die Ergebnisse der Energieagentur Oberfranken und möchte wissen, wo Herr Demus diesbezüglich seinen Ansatzpunkt sehe.

Herr Demus erklärt, dass für eine Verbesserung es immens wichtig sei, welche Verbräuche vorhanden sind, damit steuernd darauf eingegriffen werden kann. Er könne die handelnden Personen nur zusammenbringen, könne jedoch nicht die Umsetzung übernehmen. Im Grunde sei es positiv, dass die Stadt Kitzingen diese Ergebnisse bereits habe.

Oberbürgermeister Müller ergänzt, dass durch diese Stelle kein Gebäudema-

ger ersetzt werde.

Stadtrat Popp stellt fest, dass es sich um Konversionsmanager handle und möchte wissen, wo die Anknüpfungspunkte im Bereich der Konversion liegen können.

Frau Schmidt erklärt, dass Hintergrund des Fördertopfes für die Konversionsmanager die Reduzierung des Bundeswehrstandortes in Volkach sowie die Konversion in Kitzingen war und es vielmehr um mögliche Auswirkungen der Konversion gehe, jedoch beide Herren keine Arbeiten für die Konversion direkt machen werden.

Bürgermeister Christof verweist auf die Schnittstellenposition beider Herren und stellt fest, dass bereits Gespräche mit verschiedenen Institutionen stattgefunden haben.

Er möchte wissen, wie die Einbeziehung des Stadtrates erfolge. Darüber hinaus ist er der Auffassung, dass gemeinsam mit dem Stadtrat entsprechende Ziele definiert werden sollen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Herren regelmäßig informieren werden und soweit Entscheidungen notwendige sind, werden diese vom Stadtrat entsprechend abverlangt.

Stadtrat Pauluhn verweist auf die Zuständigkeit für den gesamten Landkreis und möchte wissen, ob es Empfehlungen zur interkommunalen Zusammenarbeit bei der Ansiedlung von beispielsweise Gewerbe gebe.

Herr Hagen erklärt, dass es beim Flächenmanagement weniger Empfehlungen geben werde, sondern Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Man muss auch zu bedenken geben, dass Kitzingen und Volkach unterschiedliche Schwerpunkte haben.

Herr Demus verweist auf einen Termin, den er in Mainbernheim hinsichtlich der Schaffung eines Vorratsgebietes für Windkraftanlagen hatte. In diesem Zusammenhang könnte er sich eine interkommunale Zusammenarbeit vorstellen und einen entsprechenden Prozess moderieren. Die Planungen hierfür könne er hingegen nicht übernehmen.

Oberbürgermeister Müller bedankt sich für die Vorstellung und hofft auf weiterhin gute Zusammenarbeit.

Ohne Abstimmung

Die Vorstellung von Herrn Christoph Hagen sowie Herrn Michael Demus wird zur Kenntnis genommen.

3. Vortrag von Herrn Manfred Pfnausch „Projektvorstellung Wasserstofftankstelle“

Herr Manfred Pfnausch geht ausführlich auf sein Vorhaben, gemeinsam mit einem Projektentwickler eine Methanisierungsanlage in Nähe von Frankenguss zu bauen, ein.

Dabei erklärt er, dass der Ausbau von erneuerbaren Energien den Bedarf für neue Stromspeicher bedinge, damit Windkraftanlagen trotz Wind bei Überspannung nicht mehr stehen müssen. Dafür gebe es eine neue Technologie „Methanisierung“, die Kohlendioxid CO₂ und Wasserstoff H₂ zur Erzeugung von syntheti-

schem Erdgas benötigt. Beim Betrieb von Frankenguss Kitzingen fallen große Mengen CO₂ an, weshalb sich die Firma Frankenguss als CO₂-Lieferant anbietet, um die Methanisierungsanlage zu betreiben. Mit Blick auf die Investitionskosten sollte die Anlage in der Nähe von Frankenguss liegen. Aus Ökostrom und Wasser wird durch Elektrolyse zunächst H₂ und O₂ erzeugt. Sowohl das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit als auch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie fördern diese Stromspeichertechnik.

Als Eigentümer des Grundstücks nördlich von Frankenguss mit den vorhandenen Leitungen (Strom, Gas, Wasser) möchte er dieses Vorhaben als erste Ausbaustufe umsetzen. Aus diesem Grund beantragt er die Änderung des Bebauungsplans Nr. 84 von landwirtschaftlicher auf gewerblicher Nutzung. In zweiter Ausbaustufe sei eine Strom wie auch H₂-Tankstelle angedacht, wofür die Zufahrt zum Grundstück bei den Planungen der Weiterführung der Nordtangente auf die ST 2272 gesichert werden sollte.

Er bittet im Stadtrat zeitnah eine Entscheidung hinsichtlich seines zukunftsweisenden Projekts zu treffen, damit er die Planungen weiter voranbringen könne.

Herr Rieke, Fa. Solar Fuel geht im Folgenden anhand einer Präsentation auf die sog. „Power to gas“ Anlage ein und stellt dar, wie die Anlage technisch funktioniert. Die Präsentation liegt der Niederschrift als wesentliche Anlage bei.

Oberbürgermeister Müller erfragt die Rolle von Herrn Rieke, dieser darstellt, dass er Lieferant von solchen Anlagen sei und bei der Planung bislang beratend zur Seite stand.

Stadtrat Pauluhn möchte wissen, ob Herr Pfnausch mit der Anlage auch mehr als 500 Nm³/h in das Netz einspeisen könnte, worauf Herr Pfnausch erklärt, dass dies im Grunde schon möglich sei, er sich diesen Aufwand in der ersten Ausbaustufe jedoch nicht machen möchte, nachdem er dann in das Hauptnetz einspeisen müsste. Mit der niedrigeren Menge könne er direkt in der Kitzinger Netz einspeisen.

Stadtrat Pauluhn erfragt die Meinung des Stadtbauamtes.

Stadtplaner Fischer erklärt, dass sich die Fläche im Bereich einer Bachaue befindet und dieser Bereich im Flächennutzungsplan als Frischluftschneise zur Gewährung des Luftaustausches ausgewiesen sei. Ob eine solche Anlage umgesetzt werden könne, müsse entsprechend überprüft werden. Im Grunde sei es sehr begrüßenswert, jedoch sollte man auch überlegen, ob eine solche Anlage sinnvollerweise auf den Harvey Barracks umgesetzt werden könne.

Herr Pfnausch gibt zu bedenken, dass auf den Harvey Barracks keine Hauptgasleitung vorhanden sei.

Bürgermeister Christof stellt fest, dass mit dieser Anlage CO₂ reduziert und gleichzeitig Energie gespeichert werden könne und mit Blick auf den Standort von Frankenguss die Anlage nur auf den Flächen von Herrn Pfnausch errichtet werden könne. Er freut sich, dass Herr Pfnausch nach jahrelanger Planung die Möglichkeit eingeräumt bekommen habe, um sein Projekt dem Gremium vorzustellen. Seiner Auffassung nach sollte man dem Vorhaben positiv gegenüberstehen und nach Wegen suchen, wie die Anlage umgesetzt werden könne. Er bittet um Fassung eines Grundsatzbeschlusses in den nächsten Sitzungen, damit Herr Pfnausch die Planungen weiter vorantreiben kann.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, die Grundsatzentscheidung in einer der nächsten Sitzungen zu treffen, weist jedoch darauf hin, dass mit der Änderung des Be-

bauungsplans erst begonnen werde, wenn Herr Pfnausch sämtliche Investoren sowie das weitere Vorgehen benenne.

Stadtrat Schmidt begrüßt ebenfalls die zukunftsorientierte Technologie und stellt fest, dass diese Maßnahme nur auf dem Grundstück von Herrn Pfnausch umgesetzt werden könne, auch wenn bauplanungsrechtlich es an anderer Stelle leichter umzusetzen wäre.

Er möchte wissen, wo hoch das Investitionsvolumen einer solchen Anlage sei und wie viele Mitarbeiter dort beschäftigt werden könnten.

Herr Rieke erklärt, dass mit Investitionen in Höhe von 15 Mio. € gerechnet werden müsse und sich ca. 2 bis 3 Mitarbeiter um die Anlage kümmern müssten.

Stadtrat Heisel stellt fest, dass durch die Verbrennung von Methan auch wieder CO₂ erzeugt werde, er jedoch die Anlage als insgesamt positiv empfinde.

Stadträtin Wachter steht dem Projekt ebenfalls positiv gegenüber.

Stadtrat Rank empfinde eine solche Anlage als nicht uncharmant und ist der Auffassung, dass, falls eine solche Anlage gewünscht sei, diese auf dem Grundstück von Herrn Pfnausch umgesetzt werden müsste.

Ohne Abstimmung

Die Projektvorstellung von Herrn Pfnausch wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge von Fraktionen und Gruppen

4.1. ödp-Antrag vom 04.04.2012; Errichtung einer Bewegungsfläche am Main für Jugendliche

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme, die man vom Jugendstadtrat eingeholt habe und begrüßt die anwesenden Jugendstadträte sowie die Jugendbürgermeisterin.

Stadtrat Pauluhn geht kurz auf seinen Antrag ein und bittet um Änderung des Beschlusssentwurfs insofern, dass über den Beschluss des Jugendstadtrates Beschluss gefasst werde. Seiner Auffassung nach sollte man die Summe in Höhe von 50.000,00 € bereitstellen, damit die Jugendlichen darüber frei verfügen können.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme des Jugendstadtrates wonach bereits verschiedene Bereiche vorhanden wären und lediglich im Rahmen des Unterhaltes Maßnahmen bzw. Ergänzungsbeschaffungen notwendig seien. Seiner Auffassung nach seien hierfür 15.000,00 € ausreichend, die entsprechend in den Haushalt 2013 eingestellt werden sollten. Das Baden im Main hingegen könne man nicht zustimmen und verweist auf die jüngste Beschlussfassung im Stadtrat.

Mit der Einstellung der Mittel sei noch keine Maßnahme beschlossen.

Bei folgender kurzen Diskussion sprechen sich die Stadträte für den Vorschlag von Oberbürgermeister Müller aus.

beschlossen **dafür 24** **dagegen 0**

Für die Erweiterung bzw. Ergänzung der Freizeitfläche im Bleichwasen werden im Haushalt 2013 15.000,00 € eingestellt, über die der Jugendstadtrat bzw. die Stadtjugendpflege verfügen kann.

5. Bebauungsplan Nr. 24 Flugplatzstraße in der Fassung der 3. Änderung mit Umweltbericht nach § 2a BauGB

Stadtplaner Fischer geht ausführlich auf den Sachverhalt ein.

Stadträtin Glos möchte wissen, wie die Altlasten- und Kampfmittelsanierung geregelt werde.

Stadtplaner Fischer erklärt, dass hierzu intensive Verhandlungen geführt wurden und dem Stadtrat in Kürze eine entsprechende Sitzungsvorlage vorgelegt werde.

Bürgermeister Christof möchte wissen, ob man bei der Änderung des Flächennutzungsplans verschiedene Bereiche zusammenfassen könne, da dieses Verfahren stets jeweils durchzuführen ist und Kosten verursache.

Stadtplaner Fischer erklärt, dass beim Änderungsbeschluss der Verkauf von Harvey noch nicht so weit gedieht war. Außerdem war es mit Blick auf die Kostenteilung sowie die zügige Umsetzung der Wunsch beider Partner, die Verfahren zu teilen.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt als Referent für Wirtschaft und Konversion spricht sich für den Beschussentwurf aus.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank kann dem Beschlussentwurf ebenfalls zustimmen.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos gibt von Seiten der SPD ebenfalls ihre Zustimmung.

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter stimmt dem Beschlussentwurf zu.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof gibt seine Zustimmung zum Beschlussentwurf.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt gibt ebenfalls ihre Zustimmung.

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm schließt sich dem Beschlussentwurf an.

„fraktionslos“

2. Bürgermeister May schließt sich seinen Vorrednern an.

beschlossen **dafür 22** **dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Der Bebauungsplan Nr. 24 „Flugplatzstraße“ mit Umweltbericht nach § 2a BauGB wird nach § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB

zum 3. Mal geändert. Der Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren geändert. Maßgebend für die Planänderungen ist der Vorentwurf für die Bebauungsplanänderung in der Fassung vom 20.12.2012 und für die Änderung des Flächennutzungsplanes in der Fassung vom 14.12.2012.

3. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden nach § 4 Abs. 1 BauGB frühzeitig von den Planänderungen unterrichtet.
4. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit ist nach § 3 Abs. 1 BauGB entsprechend durchzuführen.

6. Sonstiges

- ### **6.1. Anfragen von Stadträtin Glos**
- **Schallschutzwand Feldstraße**
 - **Sachstandsbericht Entente Florale**
 - **Angebot Belectric**
 - **Sachstand Fehrer**

Stadträtin Glos verweist auf den Grünstreifen im Bereich der Schallschutzwand Feldstraße, der den Anwohnern angeboten werden soll und erfragt den Sachstand.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass hierzu keine neuen Ergebnisse vorliegen.

Stadträtin Glos erfragt außerdem den Sachstand hinsichtlich Entente Florale. Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Abstimmungsgespräche laufen und in Kürze eine öffentliche Veranstaltung in der Alten Synagoge stattfindet.

Stadträtin Glos verweist auf ein Schreiben von der Firma Belectric, die der Stadt ein Elektroauto zum Testen angeboten habe und möchte wissen, ob dieses Angebot wahrgenommen werde.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass das Auto bereits seit vergangener Dienstag für eine Woche zum Test zur Verfügung steht.

Stadträtin Glos fragt abschließend nach dem Sachstand in Sachen „Fehrer“. Oberbürgermeister Müller erklärt, dass er Informationen nur in nichtöffentlicher Sitzung geben könnte.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20:20 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt